

# ANDREAS MATTFELDT MdB

Ihr Abgeordneter für Verden und Osterholz

## BERLIN AKTUELL

### Liebe Freunde,

gibt es etwas Schöneres, als wenn man für das, was man tut auch brennt? So geht es mir insbesondere bei der Luft- und Raumfahrt, für die ich nicht nur im Haushaltsausschuss zuständig bin, sondern für die ich auch eine persönliche Leidenschaft habe. Entsprechend gehörte die diesjährige Internationale Luft- und Raumfahrtstellung der Berlin (ILA) – nebenbei bemerkt die älteste Luftfahrtmesse der Welt – bereits zu meinen Highlights dieses Jahres. Dass die europäische Ariane 6-Rakete voraussichtlich am Dienstag, 09. Juli 2024 ihren Erstflug absolvieren wird, ist für mich das Sahnehäubchen.

Kurz vor den Sommerferien haben mich zudem insgesamt über 280 Schüler sowie weitere Gruppen aus unserer Region besucht, um sich in persönlichen Gesprächen und herzhaften Dis-

kussionen über unsere Demokratie und die Arbeit im Parlament zu informieren.

Mehr zu meinem Besuch der ILA am vergangenen Donnerstag, unseren Besuchsgruppen und welche Themen besonders im Plenum behandelt wurden, finden Sie in den jeweiligen Rubriken.

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

## FOTOS DER WOCHE



v.l. Christian Haase (haushaltspolitischer Sprecher der Union), unser Astronaut Alexander Gerst, Andreas Mattfeldt und Josef Aschbacher (ESA-Generaldirektor)



Christian Haase und Andreas Mattfeldt vor einem Model der Ariane 6-Rakete

### Ariane hebt ab!

**Jetzt steht fest: Wenn das Wetter am „Weltraumbahnhof“ in Kourou (Franz. Guyana) mitspielt, wird die europäische Ariane 6-Rakete am Dienstag, 09. Juli 2024 ihren Erstflug absolvieren. Das hat der Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), Josef Aschbacher, am Rande der Internationalen Luft- und Raumfahrtstellung (ILA) in Berlin bekannt gegeben. Das macht mich stolz! Als zuständiges Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages habe ich dieses Projekt mit initiiert und die Entwicklung jahrelang aktiv begleitet.**

Das Warten hat sich gelohnt. Mit einer zweistelligen Zahl bereits jetzt verkaufter Flüge knüpft die neue europäische Ariane 6-Rakete an den Erfolg ihrer Vorgänger an und zeigt, dass die Europäer auch im Weltraum in der Weltspitze mitspielen. Damit das so bleibt, müssen die Mitgliedstaaten der ESA jedoch bereit sein, entsprechende Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Daher habe ich im Vorfeld der ILA bereits mit Josef Aschbacher über die anstehende Ministerratkonferenz (CM25) gesprochen, die im November 2025 in Deutschland stattfinden wird. Hier werden die Mitglieder über Zuschlag und Budgetierung einzelner Weltraumprojekte entscheiden. Damit sind Entscheidungen, die auf einer CM getroffen werden, richtungweisende für mehrere Jahre und ein unglaublich wichtiger Wegpunkt für Unternehmen oder Forschungseinrichtungen dieser Branche.

Doch wer glaubt, Raumfahrt sei einfach nur ein teurer Luxus-Spaß, dem möchte ich ein paar Zahlen an die Hand geben. Allein in Europa steht die Raumfahrt direkt oder indirekt für 1 Million Arbeitsplätze, davon rund 200.000 in Deutschland. Durch ESA-Gründertzen geförderte Start-ups haben fast 3.800 Vollzeitstellen geschaffen oder erhalten. Jeder geschaffene Arbeitsplatz hat zwei zusätzliche bei Zulieferern geschaffen. Jeder investierte Euro fließt dreimal zurück. Davon profitieren die Landkreise Osterholz und Verden in meinem Wahlkreis ungemein, da hier die Beschäftigten von Airbus, OHB, Ariangroup oder der Universität Bremen leben.

## THEMEN DER WOCHE

### Aktuelle Stunde: „Lehre aus Europawahl ziehen: Neue Grundsicherung statt Bürgergeld“

Die Wählerinnen und Wähler haben der Ampel am vergangenen Sonntag eindeutig zu verstehen gegeben, dass sie einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland wollen. Eine der Lehren muss die Abschaffung des sogenannten Bürgergelds sein. Viele Menschen haben den Eindruck, dass sich Arbeit nicht mehr für alle lohnt und die Fleißigen bestraft werden. Das Bürgergeld hat nicht dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen zu senken. Im Gegenteil: Die Zahl der Bürgergeldempfänger steigt steil an und hat einen neuen Höchststand erreicht.

Diese neuen Zahlen gaben uns Anlass, das Bürgergeld zum Gegenstand einer „Aktuellen Stunde“ in dieser Sitzungswoche zu machen. Dem gescheiterten Bürgergeld stellen wir unser Konzept der „Neuen Grundsicherung“ gegenüber. Wir sind der Überzeugung: Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten bestmöglich einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil: Sie alimentiert und lähmt damit die Eigenständigkeit der Menschen. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität. Mit der Einführung des Bürgergelds wurden Anreize gegen eine Arbeitsaufnahme gesetzt. Wir fordern eine Abschaffung des Bürgergelds und die Einführung einer „Neuen Grundsicherung“, um die Anreize zu erhöhen, Arbeit aufzunehmen.

### Unser Entwurf für ein Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten

Bundesminister Robert Habeck hat sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (Lieferkettengesetz) für zwei Jahre auszusetzen. Mit unserem Gesetzesentwurf geben wir ihm die Gelegenheit, seinem eigenen Vorschlag auch mit entsprechendem Stimmverhalten Ausdruck zu verleihen.

Das deutsche Lieferkettengesetz vom 16. Juli 2021 verpflichtet seit dem 1. Januar 2023 Unternehmen ab einer bestimmten Größe, Sorgfaltspflichten in Bezug auf menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken in ihren Lieferketten zu beachten. Im Sommer 2024 hat die EU eine EU-weite Lieferkettenrichtlinie beschlossen. Diese ist innerhalb von zwei Jahren in deutsches Recht umzusetzen. Sie geht in verschiedenen Bereichen über das Lieferkettengesetz hinaus (u.a. erweiterte Sorgfaltspflichten, zivilrechtliche Haftung, andere Unternehmensgrößen).

Es hat keinen Sinn, an den Verpflichtungen aus dem deutschen Lieferkettengesetz festzuhalten, während sich die Unternehmen bereits auf die neuen Verpflichtungen aus der Europäischen Lieferkettenrichtlinie vorbereiten. Diese vermeidbare Mehrbelastung hätte einen nicht gerechtfertigten Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen auf dem internationalen Markt zur Folge. Bundesminister Habeck hat erfreulicherweise unsere Forderung aufgegriffen, das deutsche Lieferkettengesetz auszusetzen. Das wäre ein einfacher und dringender erforderlicher Beitrag zum Abbau von Bürokratie und lässt sich mit unserem Gesetzesentwurf schnell umsetzen. Die Doppelbelastung deutscher Unternehmen muss vermieden werden. Es braucht jetzt sofort ein Unternehmensorientiertes, damit die deutsche Wirtschaft aus der Krise findet.

### Unser Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“

Die Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine finden im Jahr 2022 zu einer Energiekrise. Anfang März 2022 veröffentlichten die federführenden Bundesministerien der Minister Habeck und Lenke einen „Prüfvermerk“, in welchem ein Weiterbetrieb der Kernkraftwerke rigoros abgelehnt wurde. Zu den Hintergründen dieser Ablehnung hat Bundesminister Habeck die Herausgabe von Unterlagen lange verweigert. Journalisten haben vor Gericht die Herausgabe schließlich erzwungen. Die uns vorliegenden Informationen drängen die Schlussfolgerung auf, dass die Bundesregierung in einer entscheidenden Frage unserer nationalen Energiesicherheit nicht zum Wohle Deutschlands, sondern ausschließlich nach der Logik grüner Parteipolitik entschieden hat. Fachliche Erwägungen aus der Arbeitsebene der zuständigen Ministerien wurden von den führenden politischen Beamten bewusst ignoriert und teilweise verfälscht. Inwieweit das in Kenntnis oder Unkenntnis oder gar auf Weisung oder mit Billigung der Führung des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesumweltministeriums stattgefunden hat, gilt es zu klären. Die deutsche Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf zu erfahren, wie die Entscheidungsprozesse der Bundesregierung in einer Lage von Krieg in Europa zu einer Frage der nationalen Energiesicherheit gelaufen sind. Die Bundesminister Robert Habeck und Steffi Lenke haben bisher die Gelegenheit verpasst, die Vorgänge in ihren Ministerien und vor allem auch ihre eigene Rolle transparent und vollumfänglich aufzuklären. Seit Veröffentlichung der Habeck-Akten haben wir alle parlamentarischen Instrumente ausgeschöpft, um Licht in den Schatten dieses intransparenten Vorgangs zu bringen. Viele Fragen sind unbeantwortet geblieben, zugesagte Unterlagen wurden nur lückenhaft übersandt, entsprechende Belege nicht geliefert. Deshalb beantragen wir jetzt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Habeck-Akten“.

### Leistungen für Asylbewerber senken – Rechtliche Spielräume nutzen

Deutschland wird mit der Zunahme der illegalen Migration zunehmend überfordert. Die europäischen Nachbarländer nehmen im Schnitt deutlich weniger Geflüchtete auf. Die auch im europäischen Vergleich hohen Sozialleistungen in Deutschland ein wichtiger Faktor für Migration und insbesondere Sekundäremigration nach Deutschland. Das Bundesverfassungsgericht hat festgehalten, dass eine dauerhafte Unfähigkeit zur Selbstversorgung von Asylbewerbern und Einheimischen bei der Sicherung des Existenzminimums nicht möglich ist. Aber es bestehen dennoch weiterhin Spielräume zur Leistungsabsenkung. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche abschließend beraten – fordern wir, diese Spielräume zu nutzen. Sie umfassen die vorrangige Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen und die Einführung einer möglichst bundeseinheitlichen Bezahlkarte als Regel. Solange eine Ausreisepflicht besteht und eine Ausreise aus dem Land rechtlich möglich ist, soll nur das physische Existenzminimum gewährt werden. Weitere Maßnahmen runden unseren Forderungskatalog ab.

### Betroffenheit reicht nicht – Klare Konsequenzen aus dem Terror von Mannheim ziehen

Der grausame, mutmaßlich islamistisch motivierte Terroranschlag in Mannheim und der Mord an einem jungen Polizisten schockieren Deutschland und wirken nach. Die heimtückische Tat fällt in eine Zeit, in der die Sicherheitslage im Inneren wie im Äußeren ohnehin bereits angespannt ist. Es bräuhet jetzt schnelles Handeln der Bundesregierung und sichtbare, wirksame Ergebnisse. Die Zeit des bloßen „Warnens“ und „Verurteilens“ ist vorbei. Mit unserem Antrag – den wir in dieser Woche erstmalig beraten – legen wir dar, was jetzt getan werden muss. Unsere wichtigsten und vordringlichsten Forderungen sind: Die Bundesregierung muss den Bundesländern jede mögliche Unterstützung zukommen lassen, damit abgelebte Asylbewerber konsequent in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Das muss gerade auch für Gefährder und Straftäter aus Afghanistan, Syrien, Eritrea, Somalia und Libyen gelten. Auch müssen wir mit ihren Antworten darauf finden, wie mit schweren Straftätern und Gefährdern umzugehen ist, die ausreisepflichtig sind und freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren könnten, aber eine Abschiebung nicht möglich ist. Darüber hinaus fordern wir, die Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen aufrecht zu erhalten. Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist noch vor dem Inkrafttreten am 27. Juni 2024 rückgängig zu machen.

### Technologieoffener Klimaschutz – Kein Verbrennerverbot

Wir haben in dieser Woche erstmalig unseren Antrag Technologieoffener Klimaschutz – Kein Verbrennerverbot beraten. Wir wollen, dass die Bundesregierung auf eine Anhebung der Mobilität schafft, ohne auf Verbote von Verbrennungsmotoren zu setzen. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, die Zukunft des klimafreundlichen Verbrenners in Deutschland dauerhaft zu sichern. Wir stehen für eine technologische Herangehensweise, bei der alle verfügbaren klimafreundlichen Antriebe und Kraftstoffe genutzt werden. Wir treten dafür ein, dass klimafreundliche Kraftstoffe nicht bereits ab 2035 eine 100-prozentige CO<sub>2</sub>-Emissionsreduktion über die gesamte Produktionskette erfüllen müssen. Außerdem sollen vergleichbare Maßstäbe für die Bewertung von klimafreundlichen Kraftstoffen und alternativen Antriebssystemen angewendet werden. Dies umfasst auch die Berücksichtigung der gesamten CO<sub>2</sub>-Bilanz eines Fahrzeuges über seinen Lebenszyklus hinweg. Mit unserem Antrag fordern wir zudem eine Strategie zur Förderung des Markthochlaufs klimafreundlicher Kraftstoffe.

### Umsetzung des „Rechts auf schnelles Internet“ (Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung)

In dieser Woche debattierten wir zudem die Antwort der Bundesregierung auf unsere Große Anfrage Umsetzung des „Rechts auf schnelles Internet“ (Telekommunikationsmindestversorgungsverordnung) im Plenum des Deutschen Bundestags. Mit Inkrafttreten der TK-Mindestversorgungsverordnung am 1. Juni 2022 wurde ein wichtiger Teil der noch 2021 von der CDU/CSU geführten Bundesregierung auf den Weg gebrachten Novelle des Telekommunikationsgesetzes (TKG) zur Einführung eines Rechts auf schnelles Internet gemäß § 157 TKG für alle Bürgerinnen und Bürger umgesetzt. Bei der Umsetzung hat die Ampel-Bundesregierung jedoch nur sehr geringe Mindestbandbreiten festgelegt: Die Bandbreite muss im Download mindestens 10,0 Megabit pro Sekunde und im Upload mindestens 1,7 Megabit pro Sekunde betragen (§ 2 TKMV). Bis heute wurden Zusagen der Bundesregierung für eine Anhebung dieser geringen Bandbreiten nicht umgesetzt. Aus unserer Sicht ist fraglich, ob tatsächlich 100 Prozent der Einwohner Deutschlands Zugang zu mindestens 10,0 Megabit pro Sekunde im Download haben. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage zeigt deutlich, dass das Recht auf schnelles Internet von der Bundesregierung nicht ausreichend umgesetzt wird. Nach über zwei Jahren wurde nur ein einziges Unternehmen verpflichtet, eine Mindestversorgung herzustellen. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Ampel-Koalition den ländlichen Raum und die digitale Teilhabe vernachlässigt.

## WAHLKREIS AKTUELL



### Ich hatte noch nie so viele Austauschstipendiaten und so viele Hochaltnern!

Volles Haus in meinem neuen Wahlkreisbüro in Posthausen: Gleich sechs Austauschschülerinnen und -schüler aus dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages haben mich als ihren parlamentarischen Paten gemeinsam mit ihrem Gasteletern und -geschwister besucht. Für dieses Programm mache ich mich seit Jahren leidenschaftlich stark und bin besonders begeistert: Seit ich im Bundestag bin, hatte ich noch nie so viele Austauschstipendiaten aus den USA auf einmal.

Großes Lob gebührt nicht nur unseren Stipendiaten, sondern auch den Menschen aus meinem Wahlkreis Osterholz-Verden, die sich als Gastfamilien zur Verfügung gestellt haben. Ohne sie und ihr enormes Engagement würde das Parlamentarische Patenschaftsprogramm mit dem US-Congress nicht funktionieren. Es ist wirklich beeindruckend, wenn die Austauschschülerinnen und -schüler berichten, was ihnen ihre Gasteletern an Eindrücken und Erfahrungen alles ermöglichen. Die legen sich wirklich für ihre Gaskinder ins Zeug.

### Auszubildende der Kommunen aus Verden & Osterholz bei mir im Deutschen Bundestag zu Besuch

Diesen Montag besuchten 22 angehende Verwaltungsfachangehende mich im Deutschen Bundestag in Berlin. Nach einer kurzen Begrüßung berichtete ich zunächst von den Erfahrungen langjähriger Tätigkeit im höchsten deutschen Parlament und kam mit den jungen Berufseinsteigern über Ausbildung und Beruf des Verwaltungsfachangestellten ins Gespräch. Die Jugendlichen interessierte dabei besonders seine Erfahrungen auf kommunalpolitischer Ebene als Bürgermeister des Flecken Langwedel. Anschließend führte ich sie persönlich durch die wichtigsten Orte im Reichstagsgebäude. Neben dem Fraktionsaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dem Plenarsaal des Bundestages kamen auch wichtige historische Orte, wie die ehemalige innerschleische Grenze unterhalb des Gebäudes, nicht zu kurz. Der Höhepunkt zum Abschluss war die Besichtigung der sehenswerten Kuppel des Reichstages mit einem wunderbaren Ausblick auf die Bundeshauptstadt.

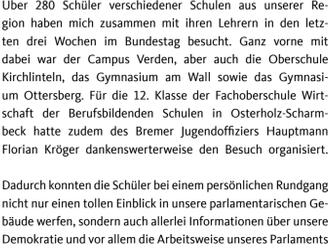
Der Austausch und die Gespräche mit dieser tollen Gruppe an Auszubildenden hat mir nicht nur großen Spaß bereitet, sondern war ebenso interessant, weil ich als junger Mensch auch über eine Ausbildung in den Berufsalltag eingestiegen bin. Ich bin sehr froh darüber, dass ich diejenigen in Berlin begrüßen durfte, die in Zukunft die von uns Parlamentariern beschlossenen Gesetze umsetzen müssen, was sehr verantwortungsvoll sein kann. Besonders in Zeiten von wachsender Politikverdrossenheit sind wir alle gefordert, dass daraus keine Demokratieverdrossenheit wird.

Gerade deshalb sind diese jungen Menschen von besonders großer Bedeutung für unser Land.

### Senioren Union Kreisverband Verden im Deutschen Bundestag

Eine große Delegation der Senioren Union Kreisverband Verden besuchte mich im Deutschen Bundestag mit ihrem Kreisvorsitzenden Bernd Anders. Vor der persönlichen Führung durch das Reichstagsgebäude diskutierten die Senioren mit mir in einem Ausschussitzungsraum im Paul-Löbe-Haus über aktuelle politische Themen, wie die Haushaltspolitik der aktuellen Bundesregierung und die Energiepreise für die Verbraucher in Deutschland. Auch der Einfluss der sozialen Medien auf gerade junge Menschen kam zur Sprache, weil dadurch besonders Fake news verbreitet würden. Ich brach dabei eine Lanze für die freie Presse, ausdrücklich auch für die Heimatpresse. Schließlich signalisierten fast alle Teilnehmer eine regelmäßige Lektüre der Lokalzeitungen im Kreis Verden. Eine solche Information aus den Heimatzeitungen würde ich mir auch bei den Jüngeren wünschen. Ihre Schuler stelle ich in Umfragen, bei den Mittelwertgruppen aus den Schulen regelmäßig fest, dass mittlerweile erheblich weniger Zeitung gelesen wird.

Zusätzlich zum Reichstagsbesuch absolvierte die Gruppe ein ausführliches Besuchsprogramm in der Bundeshauptstadt, unter anderem mit einer Stadtrundfahrt und einem Abstecher nach Potsdam ins Schloss Sanssouci.



### Eröffnung unseren neuen CDU-Kreisgeschäftsstelle und Bürgerbüro

Am 07. Juni 2024 habe ich zusammen mit unseren Landtagsabgeordneten Eike Holsten, Marco Mohrmann sowie unseren Verdener CDU-Kreisvorsitzenden Hella Bachmann unsere neue CDU-Kreisgeschäftsstelle und Bürgerbüro in Posthausen feierlich eröffnet. Neben über hundert Gästen durften wir David McAllister als Ehrengast begrüßen, der nach der vergangenen Europawahl wieder für uns im Europäischen Parlament sitzt.

Ich lade herzlich zu einem Besuch in meinen neu eingerichteten Bürgerbüro in der Schulstraße 2a in Posthausen ein. Durch die Zusammenlegung der Verdener Kreisgeschäftsstelle mit dem Bürgerbüro von Eike Holsten und meinem Verdener Bürgerbüro konnten wir neue Synergien und einen politischen Hotspot für unsere Bürger direkt auf dem neuen Doderhof-Campus schaffen.

## TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 11. Juni: BK Scholz eröffnet die diesjährige Ministerial Recovery Conference in Berlin (bis 12. Juni) mit Teilnahme von Präsident Selenskyj
- 11. Juni: Konstituierende Sitzung der CDU/CSU-Gruppe im EP
- 11./12. Juni: Wirtschaftstag des Wirtschaftsrats
- 11. Juni: Internationaler Notfallgipfel zu humanitärer Hilfe für Menschen im Gazastreifen in Jordanien
- 12. Juni: BM Pistorius stellt Pläne zu neuem Wehrdienst vor
- 12. Juni: Statistisches Bundesamt gibt Inflationsrate für Mai bekannt
- 12. Juni: Gesundheitsministerkonferenz
- 12. Juni: Verbraucherschutzministerkonferenz
- 12. Juni: Präsentation der SINUS-Jugendstudie 2024
- 12. Juni: EU-KOM: Entwurf des Haushalts für 2025, Mitteilung zur gemeinsamen Umsetzung des GEAS-Pakets
- 13. Juni: Jubiläumsveranstaltung 75 Jahre Auslandsmesse-

- programm mit BM Habeck
- 13. Juni: Kultusministerkonferenz
- 13. Juni: Abschluss der UN-Klimakonferenz in Bonn zur Vorbereitung der COP 29
- 13./14. Juni: Justiz-/Innenministerat (Lage im Schengen-Raum, Zukunft der EU-Visapolitik, Umsetzung des Gemeinsamen Asyl- und Migrationspakts, Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Korruptionsbekämpfung)
- 13. - 15. Juni: G7-Gipfel in Italien (Ukraine, Globaler Süden, Migration, Naher Osten, Energiesicherheit und Klimaschutz; Gäste u.a. UKR-Präs Selenskyj, Papst Franziskus)
- 14. Juni: Eröffnungsspiel der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland
- 15. Juni: Landespartei CDU Sachsen
- 15./16. Juni: BK Scholz nimmt am von der Schweiz ausgerichteten Gipfeltreffen zu Frieden in der Ukraine teil